

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Rates am 21.05.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung.....	6
1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes2.....	6
2 Einwohnerfragestunde	6
3 Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	7
4 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bommershöfer Weg, Blatt II, "Am Schweinheimer Kirchweg" 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB 2. Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: FB4/0209/2015	7
5 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümpfer Busch/Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB 2. Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: FB4/0211/2015	8
6 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267, Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB 2. Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: FB4/0208/2015	9
7 IV. Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Nutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Meerbusch Vorlage: FB2/0194/2015	11
8 Jahresabschluss 2013	11
8.1 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2013 Vorlage: RPA/0210/2015	11
8.2 Jahresabschluss 2013 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich Vorlage: SFI/0230/2015	13
9 Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulverbund in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB3/0213/2015	13
10 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch 2016 bis 2020 Vorlage: FB2/0222/2015	13
11 FHiM - Frühe Hilfen in Meerbusch Vorlage: FB2/0216/2015	14
12 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0103/2014/1	14
13 15	
13.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0221/2015	15
13.2 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG (GWG) Vorlage: BM/0240/2015	15
13.3 Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses vom 12. Mai 2015	15
14 Anträge	16
14.1 Antrag der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven - vom 30. März 2015 auf Aufhebung der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung Vorlage: ZD/0049/2015	16
14.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2015 auf Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0048/2015	17
14.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 5. Mai 2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0054/2015	17

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied anwesend bis TOP 18.6

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Herr Dirk Banse Ratsmitglied anwesend bis TOP 8

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Frau Katja Giesen Ratsmitglied anwesend bis TOP 18.5

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch	Ratsmitglied	
von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	
von der UWG-Fraktion		
Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied	
von der Fraktion DIE LINKE und Piraten		
Herr Michael Eckert	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 14.1
Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	
von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven		
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied	
Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	
von der Verwaltung		
Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Herr Dr. Just Gérard	Beigeordneter	
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer	
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt	
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste	
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin	
Frau Kirsten Steffens	Bereichsleiterin Fachbereich 4	
Schriftführer		
Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste	
es fehlen:		
von der CDU-Fraktion		
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied	
von der SPD-Fraktion		
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied	
von der FDP-Fraktion		
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied	
von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied	

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf verschiedene Tischvorlagen hin.

Die vorgelegte Beratungsvorlage Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der GWG wird mit Einverständnis des Rates unter TOP 13.2 behandelt.

Die nachgereichten Anträge der SPD-Fraktion auf Ausschussumbesetzung und auf Umbesetzung im Umlegungsausschuss werden unter TOP 14.4 und 14.5 beraten.

Weiterhin liegen zwei Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kita-Streik vor, diese sollen unter TOP 14.6 und 14.7 behandelt werden.

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 20. Mai 2015 betr. Nachtabschaltung ist verfristet und wird in der nächsten Sitzung des Rates behandelt.

Der TOP 9 – Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulverbund in Meerbusch-Osterath, kann von der Tagesordnung abgesetzt werden, der Ausschuss für Schule und Sport hat die Angelegenheit vertagt.

Die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte 14.6 und 14.7 wird vorgezogen und nach TOP 1 behandelt, da einige Betroffene des Streiks im Publikum anwesend seien.

Vor der Verpflichtung von Ratsherrn Jüngerkes verabschiedet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die aus dem Rat ausscheidende Ratsfrau Pabich und dankt ihr auch im Namen des Rates für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verpflichtet Ratsherrn Jüngerkes, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Einwohner zu erfüllen.

2 Einwohnerfragestunde

Frau Schumann, Vorsitzende des Vereins der Tagesmütter e.V. fragt, ob die Vertragsauflösung zwischen Stadt und dem Verein ausschließlich auf das Ausscheiden von Frau Losch-Engler zurückzuführen sei.

Erster Beigeordneter Maatz beantwortet die Frage dahingehend, dass die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss nach erfolgter Abwägung vorgeschlagen habe, den Vertrag zur Vermittlung der Tageskinder aufzulösen. Das Ausscheiden der Frau Losch-Engler sei hierfür nicht ausschlaggebend gewesen, sondern, wie auch schon in den verschiedenen Vorlagen für den Jugendhilfeausschuss dargelegt, unterschiedlichste Gründe, wobei einer die in der Vergangenheit unzureichende Erreichbarkeit gewesen sei. Der Jugendhilfeausschuss sei dem Vorschlag der Verwaltung, vom Sonderkündigungsrecht des Vertrages Gebrauch zu machen, gefolgt.

Frau Gather fragt, wer denn nun, nach Kündigung der Vertrages, die pädagogische Fachberatung für die Tagespflegemütter sicherstellen würde. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Fachberatung vom Jugendamt sichergestellt werde.

Herr Peters, Vater eines Kindergartenkindes, verweist auf die zuvor geführte Diskussion und begrüßt die Erstattung der Beiträge für die Streiktage. Diese Erstattung liege jedoch betragsmäßig unter den ersparten Personalkosten. Insofern frage er nach, was mit diesen ersparten Geldern geschehe. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist darauf, das gerade im Bereich der Kindertagesbetreuung in Meerbusch ein sehr hoher Standard gefahren werde, der mit hohen Zuführungen aus allgemeinen Steuermitteln erreicht wurde. Insofern würden die ersparten Mittel im Gesamthaushalt verbleiben.

3 Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Björn Kerkmann zum stellvertretenden Schriftführer für die Niederschriften des Rates in der Wahlperiode 2014 – 2020 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 4 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bommershöfer Weg, Blatt II, "Am Schweinheimer Kirchweg"**
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB
2. Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: FB4/0209/2015

Beschluss:

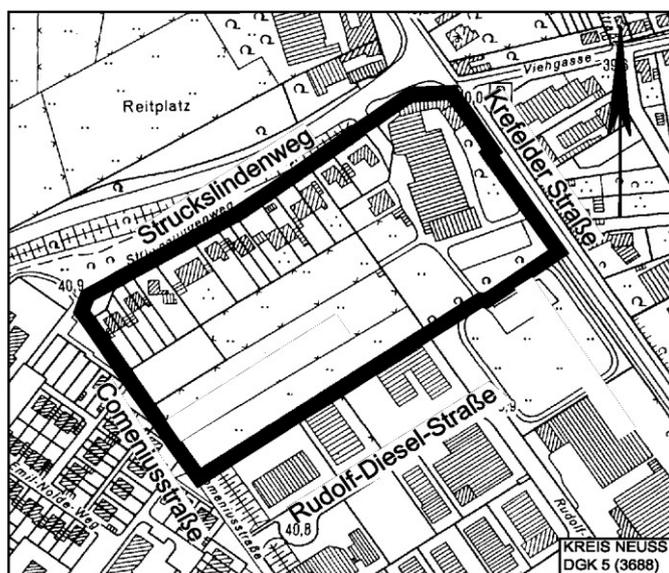
Der Rat der Stadt beschließt die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211B, Meerbusch-Osterath, Wohngebiet nördlich Bommershöfer Weg, Blatt II, „Am Schweinheimer Kirchweg“ gemäß § 2 (1) in Verbindung mit § 1 (8) BauGB Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für ein Gebiet , das im Norden durch die südliche Grenze des Strucks Lindenweges,

im Osten durch die östliche Grenze der Krefelder Straße (L 476), im Süden durch die nördlichen Grenzen der Gewergrundstücke nördlich der Rudolf-Diesel-Straße und im Westen durch die östliche Grenze des Fußweges zwischen dem Strucks Lindenweg und der Comeniusstraße begrenzt ist; maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 (7) BauGB in der 5. Änderung des Bebauungsplan Nr. 211B, der Bestandteil des Beschlusses ist,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Wohnbauflächen
- Umwandlung von Dorfgebiet in Wohnbaufläche
- Schaffung der Voraussetzungen für die Realisierung eines Wohnprojektes für Menschen mit Handicap im sozial geförderten Wohnungsbau

Der Rat der Stadt beschließt, zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 211B ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchzuführen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD		9	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	36	11	

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften. Ratsherr Rettig nimmt Bezug auf die Beratungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften, in der er angeregt hätte, einmal zu prüfen, ob die Erschließung der Fläche nicht durch das angrenzende Gewerbegebiet erfolgen könne, weil er eine Anbindung über die Krefelder Straße als problematisch erachte. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt zu, dass diese Prüfung im weiteren Verlauf des Verfahrens erfolge. Ratsherr Eckert trägt vor, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde, da der Anteil an sozialem Wohnungsbau nicht ausreichend sei.

- 5 **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch/Im Plöttschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp**
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB
2. Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: FB4/0211/2015

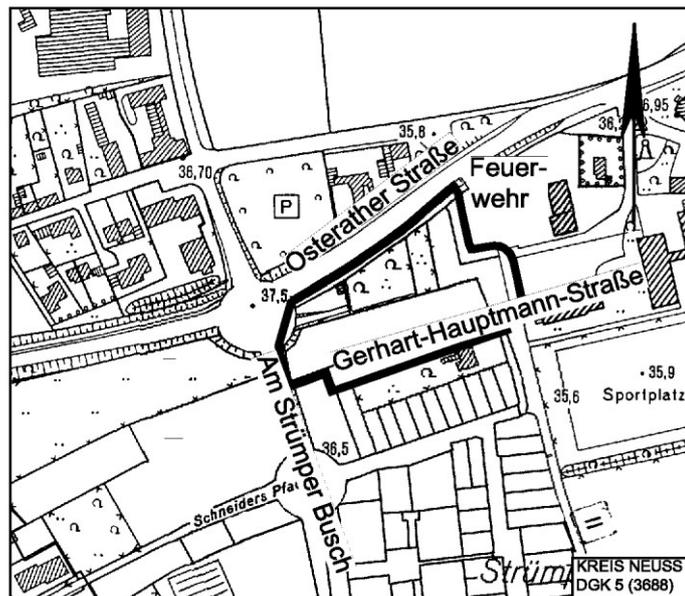
Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Osterath, Am Strümper Busch/Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp gemäß § 2 (1) in Verbindung mit § 1 (8) BauGB Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für ein Gebiet, das im Westen durch die Straße „Am Strümper Busch“, im Norden durch die Osterather Straße (L 154), im Osten durch die vorhandenen Lärmschutzanlage und im Süden durch die südliche Begrenzungslinie der Gerhart-Hauptmann-Straße und der nördlichen Begrenzungslinie des westlich weiterführenden Fuß- und Radweges begrenzt ist; maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 (7) BauGB in der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, der Bestandteil des Beschlusses ist,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Wohnbauflächen
- Neuordnung der Baufelder
- Realisierung von mind. 30 % sozial geförderter Wohnungsbau

Der Rat der Stadt beschließt, zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchzuführen.



Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

- 6 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267, Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße**
- 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB**
 - 2. Öffentlichkeitsbeteiligung**
- Vorlage: FB4/0208/2015**

Beschluss:**Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB**

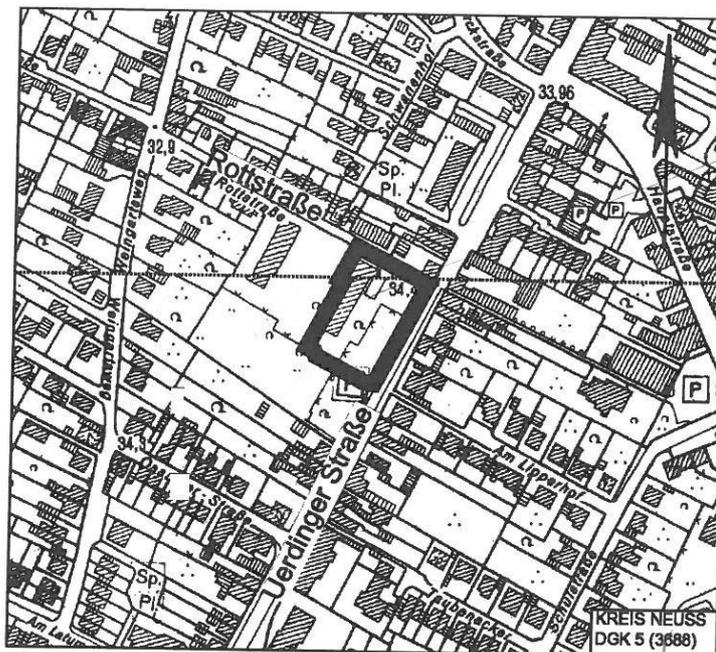
Der Rat der Stadt beschließt die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267, Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße gemäß § 2 (1) in Verbindung mit § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für ein Gebiet, das durch die Uerdinger Straße, die Rottstraße und die Herta-Klingbeil-Straße begrenzt ist; maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 (7) BauGB in der 2. Änderung des Bebauungsplan Nr. 267, der Bestandteil des Beschlusses ist,

die vorrangig folgendes Planungsziel zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Mischgebietsfläche

Der Rat der Stadt beschließt, zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchzuführen.

Mit Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 treten Teile der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 außer Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	9		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		

Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	2	

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

7 IV. Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Nutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB2/0194/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte IV. Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Nutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	9		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	2	

Ratsherr Wartchow berichtet aus der Sitzung des Sozialausschusses. Ratsherr Staudinger-Napp fragt nach, ob die Intension weiterverfolgt würde, die im Obdach lebenden Personen in Privatwohnungen unterzubringen, da die Qualität der Unterkünfte bekanntermaßen schlecht sei. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf die Betreuung des Personenkreises durch eine Sozialarbeiterin der Caritas und erklärt, dass es Vermittlungen gegeben habe, es aber aufgrund der Lage am Wohnungsmarkt als auch im Hinblick auf die Klientel nicht immer zu Vermittlung kommen könne.

8 Jahresabschluss 2013

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz an den 1. Stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens.

8.1 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2013
Vorlage: RPA/0210/2015

Beschluss:

1. Der Rat stellt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und von der Bürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2013 gemäß § 96 GO NRW fest.

Der Jahresabschluss weist folgende Werte aus:

Bilanzsumme:

Aktiva	Passiva
580.982.510,15 €	580.982.510,15 €

Ergebnisrechnung:

Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag
124.045.559,27 €	127.256.890,36 €	3.211.331,09 €

Finanzrechnung:

Einzahlungen	Auszahlungen	Veränderungen eigener Finanzmittel
135.916.226,41 €	135.576.454,99 €	339.771,42 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	9		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		1
Gesamt	45		1

2. Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW für die Haushaltswirtschaft 2013 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	9		
FDP			5
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei			2

Die Aktiven	1		1
Gesamt	38		8

Ratsfrau Dr. Schomberg berichtet aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Ratsherr Müller fragt nach, ob der Jahresabschluss mit Hilfe externer Kräfte erstellt wurde. Herr Fiebig erklärt, dass die Erstellung im eigenen Hause erfolgte.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übernimmt wieder den Vorsitz.

8.2 Jahresabschluss 2013 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich
Vorlage: SFI/0230/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, den Jahresfehlbetrag i.H.v. 3.211.331,09 € anteilig gegen die verbliebene Ausgleichsrücklage i.H.v. 448.707,56 € und den Restbetrag i.H.v. 2.762.623,53 € gegen die Allgemeine Rücklage auszugleichen.

Des Weiteren wird die Allgemeine Rücklage i.H.v. 517.483,33 € zu Gunsten des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich belastet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9 Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulverbund in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB3/0213/2015

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

10 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch 2016 bis 2020
Vorlage: FB2/0222/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt den in der Sitzung vom 20.11.2014 vorgelegten Entwurf des Kinder- und Jugendförderplanes der Stadt Meerbusch für die Laufzeit 2016 bis 2020 - mit der Änderung, die Regelungen zur Förderung der Jugendpflegefahrten aus dem bisher gültigen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch 2011 bis 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

11 FHiM - Frühe Hilfen in Meerbusch
Vorlage: FB2/0216/2015

Beschluss:

Der Rat nimmt die bisherige Umsetzung des Konzeptes „FHiM – Frühe Hilfen in Meerbusch“ zustimmend zur Kenntnis und unterstützt die Weiterentwicklung zu einer gesamtstädtischen Strategie in Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

12 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege
Vorlage: FB2/0103/2014/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die als Anhang beigefügte I. Änderungssatzung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Anlage 1).

Die laufenden Geldleistungen werden mit Wirkung vom 01.01.2015 wie folgt festgesetzt:

- für Tagespflegepersonen, die Kinder in ihrem Haushalt betreuen auf 3,00 € (Stufe 1 - Grundqualifikation) und 4,50 € (Stufe 2 - Aufbauqualifikation),

- für Tagespflegepersonen, die Kinder im Haushalt der Personensorgeberechtigten betreuen sowie für Betreuung im Rahmen der Verwandtenpflege auf 2,00 € (Stufe 1) und 3,00 € (Stufe 2).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven		2	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	42	4	

Ratsfrau Schoppe berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Ratsherr Staudinger-Napp erklärt, dass seine Fraktion nicht zustimme, da die erhöhten Beträge die Arbeit der Tagesmütter nicht ausreichend würdigen würde. Ratsherr Peters erklärt in diesem Zusammenhang, dass seine Fraktion zur Kündigung des Vertrages hinsichtlich der Vermittlung von Tagespflegeplätzen eine deutlich andere Auffassung vertreten würde.

13

13.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0221/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und verweist auf die hierzu eingegangenen Stellungnahmen.

13.2 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG (GWG)
Vorlage: BM/0240/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gem. § 113 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) als Vertreterin der Stadt in den Verwaltungsbeirat der GWG zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	44	2	

13.3 Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses vom 12. Mai 2015

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Dringlichkeitsbeschluss vom 12. Mai 2015 – Verzicht auf die Verweigerung der Zustimmung gem. § 61 Abs. 4 Schulgesetz.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert den Sachverhalt und verweist auf die persönliche Vorstellung im Ausschuss für Schule und Sport.

14 Anträge

**14.1 Antrag der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven - vom 30. März 2015 auf Aufhebung der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: ZD/0049/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Nachtabschaltung der Straßenlaternen mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		22	
SPD		8	
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		2	
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	44	

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert eingangs, wie auch schon im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und im Bau- und Umweltausschuss geschehen, dass die Verwaltung sich mit der Problematik beschäftigt und an einer Lösung arbeite. Dies sei allen Fraktionen bekannt, insofern verwundere der Antrag. Ratsherr Staudinger-Napp fordert eine schnelle Lösung, da die Bürger verunsichert seien. Vertreter aller Fraktionen beteiligen sich an der anschließenden Diskussion, die sowohl finanzielle Aspekte, Lichtemissionen als auch Fragen der Sicherheit betrachtet. Es wird vereinbart, entsprechend der Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen die Verwaltung zu beauftragen, erst einmal alle Fakten aufzubereiten und zu den gestellten Fragen Stellung zu nehmen.

**14.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2015 auf Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0048/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussumbesetzungen:

Jugendhilfeausschuss

Ordentliches Mitglied	streiche	Marco Becker
	Setze	In der Jugendarbeit erfahren Monika Driesel In der Jugendarbeit erfahren

Sozialausschuss

Vertreter	streiche	Marco Becker
-----------	----------	--------------

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter	streiche	Marco Becker
-----------	----------	--------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 5. Mai 2015 betr. Ausschussbesetzung
Vorlage: ZD/0054/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Ausschussumbesetzungen:

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter	setze zusätzlich	Andreas Brauer Daniela Glasmacher
-----------	------------------	--------------------------------------

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	setze zusätzlich	Daniela Glasmacher
-----------	------------------	--------------------

Kulturausschuss

Vertreter	setze zusätzlich	Daniela Glasmacher Heinrich Peter Weyen
-----------	------------------	--

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter	setze zusätzlich	Heinrich Peter Weyen
-----------	------------------	----------------------

Sozialausschuss

Vertreter	setze zusätzlich	Heinrich Peter Weyen
-----------	------------------	----------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 11. Mai 2015 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0055/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussumbesetzungen:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Vertreter	streiche setze	Kirsten Pabich Dieter Jüngerkes
-----------	-------------------	------------------------------------

Rechnungsprüfungsausschuss

Vertreter	streiche setze	Kirchen Pabich Dieter Jüngerkes
-----------	-------------------	------------------------------------

Kulturausschuss

Vertreter	streiche	Kirsten Pabich
-----------	----------	----------------

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter	streiche	Kirsten Pabich
-----------	----------	----------------

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter	streiche	Kirsten Pabich
-----------	----------	----------------

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	streiche	Kirsten Pabich
-----------	----------	----------------

Jugendhilfeausschuss

Ordentliches Mitglied	streiche Setze	Kirsten Pabich Georg Neuhausen
-----------------------	-------------------	-----------------------------------

1. Vertreter	streiche setze	Georg Neuhausen Nicole Niederdellmann-Siemes
--------------	-------------------	---

Sozialausschuss

Vertreter	streiche setze	Kirsten Pabich Dieter Jüngerkes
-----------	-------------------	------------------------------------

Ausschuss Sanierung Hallenbad

Vertreter	streiche setze	Kirsten Pabich Dieter Jüngerkes
-----------	-------------------	------------------------------------

Wahlprüfungsausschuss

Vertreter	streiche setze	Kirsten Pabich Dieter Jüngerkes
-----------	-------------------	------------------------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14.5 Antrag der SPD-Fraktion vom 12. Mai 2015 betr. Umbesetzung Umlegungsausschuss
Vorlage: ZD/0056/2015**

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung im Umlegungsausschuss:

Ordentliches Mitglied	streiche setze	Nicole Niederdellmann-Siemes Dieter Jüngerkes
-----------------------	-------------------	--

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14.6 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2015 betr. Kindertagesstätten-Streik
Vorlage: ZD/0057/2015**

Dieser Punkt wurde in der Tagesordnung vorgezogen und vor TOP 2 behandelt

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, denjenigen Eltern, die aufgrund des Kindertagesstätten-Streiks kein Betreuungsangebot nutzen konnten, die gezahlten Verpflegungskosten und Elternbeiträge für die Streiktage zurückzuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon erläutert den Antrag und verweist auf die bekannten Streikfolgen. Da die Stadt entsprechende Einsparungen bei den Personalkosten habe, sei es angezeigt, den Eltern die entsprechenden Beiträge zurück zu erstatten. Dies solle ohne Antragstellung geschehen.

Der Antrag wird von Vertretern aller Fraktionen unterstützt.

**14.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 19. Mai 2015 betr. Kindertagesstätten-Streik
Vorlage: ZD/0058/2015**

Dieser Punkt wurde in der Tagesordnung vorgezogen und vor TOP 2 behandelt

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Bürgermeisterin, sich beim zuständigen Spitzenverband dafür einzusetzen, dass eine Lösung im Tarifstreit gefunden wird. Die berechtigten Interessen von Erzieherinnen und Eltern sollen hierbei berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	17	2	3
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei	1		
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	2	3

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes erläutert den Antrag ihrer Fraktion. In der anschließenden Debatte sprechen sich eine Vielzahl von Ratsmitgliedern dafür aus, den Antrag zu unterstützen. Unter Hinweis auf die bisherige Gehaltsentwicklung und die evtl. Auswirkungen der Forderungen der Gewerkschaft auf den Haushalt der Stadt gibt es auch kritische Anmerkungen.

15 Anfragen

**15.1 Anfrage der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven - vom 15. März 2015 betr. Interkommunales Tierheim
Vorlage: ZD/0019/2015**

Erster Beigeordneter Maatz beantwortet die Anfrage wie folgt: Der Tierschutzverein für den Kreis Neuss e.V. ist Träger des Tierheimes in Rommerskirchen-Oekhoven. In diesem Tierheim werden Fund-

tiere der Städte Meerbusch, Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich und Rommerskirchen aufgenommen. Lediglich die Städte Neuss und Dormagen unterhalten eigene Tierheime.

Die anfallenden Personalkosten des Tierheimes werden von den beteiligten Städten getragen. Der von der Stadt Meerbusch zu tragende Anteil belief sich im Jahre 2013 auf 16.498,53 €. Seit mindestens 1999 hat sich diese interkommunale Verfahrensweise bewährt.

15.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 20. Mai 2015 betr. Nachtabschaltung der Straßenlaternen auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch
Vorlage: ZD/0023/2015

Wie unter TOP 14.2 vereinbart wird die Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Meerbusch in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch beantwortet.

16 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Rat hatte die Bürgermeisterin in seiner Sitzung am 26. Februar 2015 beauftragt, einen Antrag in die Fluglärmkommission einzubringen, die beantragte Kapazitätserweiterung abzulehnen. Die Fluglärmkommission ist am 20. April 2015 mit 12 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Antrag gefolgt.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass ein Termin mit Herrn Oberbürgermeister Geisel vereinbart sei. Sie beabsichtige u.a. folgende Themen mit ihm zu besprechen: Verlängerung der Böhlerstraße, U 81, Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf International, Tarifliche Eingruppierung von Erzieherinnen und Erziehern, Hallenbad. Ratsherr Gabernig bittet darum, auch das Thema des Überganges von Meerbuscher Schülerinnen und Schülern auf Düsseldorfer Gymnasien zu thematisieren.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage unterrichtet den Rat zudem darüber, dass am 11. Juni einen Gesprächstermin mit der Bezirksvertretung Oberkassel vereinbart sei.

Sie setzt den Rat zudem davon in Kenntnis, dass die Fraktion der Aktiven ihre Mitarbeit im Hallenbadausschuss aufgekündigt habe, da sie eine Sanierung des Bades nicht für den richtigen Weg halte. Vertreter aller Fraktion äußern diesbezüglich Kritik, es widerspreche demokratischen Grundsätzen und Gepflogenheiten, eine Mitarbeit aufzukündigen, wenn man die eigene Zielsetzung nicht durchsetzen könne.

17 Termin der nächsten Sitzung: 25. Juni 2015

Die nächste Sitzung des Rates findet gem. Langzeitplan am 25. Juni 2015 statt.

18 Verschiedenes

18.1 Kindergarten Sonnengarten

Ratsherr Eimer fragt nach dem Stand bezüglich des Bauvorhabens „Kindergarten Sonnengarten“. Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass die Beteiligten (Kirchengemeinde und GWH) einen gemeinsamen Notartermin in der 2. Juni Woche terminiert hätten.

18.2 Nachmieter Lebensmittelgeschäft am Deutschen Eck

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes fragt nach, ob die Verwaltung neue Informationen bezüglich eines Nachmieters des Edeka-Marktes am Deutschen Eck hätte. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass der Vermieter mit mehreren möglichen Nachmietern in Verhandlung stehe und dieser optimistisch sei, einen Nachmieter für Edeka zu finden.

18.3 Sitzung Ausschuss für Schule und Sport am 11. Juni 2015

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass er bei der Bezirksregierung angefragt habe und um Teilnahme der Dezernentin an der Sitzung des Ausschusses am 11.6.2015 gebeten habe. Eine Antwort stehe noch aus, da sie sich in Urlaub befinde.

18.4 NPD-Demonstrationen

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass die den Standort der NPD Demonstration am Engel der Kulturen als überaus unpassend empfand. Sie schlage vor, der Kreispolizeibehörde derartige Standorte zu benennen, um künftig Demonstrationen an solchen Plätzen zu verhindern.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass sich die Verwaltung diesbezüglich im engen Austausch mit der Kreispolizeibehörde befinde. Jedoch sei das Demonstrationsrecht ein hohes Gut. Wo derartige Demonstrationen abgelehnt werden können, sei landesgesetzlich geregelt, es handele sich um einen sehr eingeschränkten Katalog, unter den dieser Standort nicht falle. Die Verwaltung wird die entsprechenden Informationen an die Fraktionen weiterleiten.

18.5 Anmeldezahlen der Grundschulen in Meerbusch-Osterath

Ratsfrau Glasmacher bittet darum, die Anmeldezahlen der Osterath Schulen rückwirkend für die letzten 10 Jahre aufzubereiten. Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die entsprechende Vorlage für

den Ausschuss für Schule und Sport, in der die letzten 8 Jahre aufbereitet seien. Dies wird allseits als ausreichend erachtet.

18.6 Fluglärm

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes teilt mit, dass im Stadtteil Osterath vermehrt Flugbewegungen in Richtung Ortsmitte zu beobachten seien und ob dies mit der zusätzlichen Messstation in Meerbusch-Lank in Verbindung zu bringen sei. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu und wird den Flughafen hierzu hören.

Meerbusch, den 1. Juni 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in